

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 90 Pfg., bei Selbstabholung 80 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.40 Mk., für 1 Monat 80 Pfg. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13603

Inserate kosten die 7spaltige Pettizeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Flaggvorschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Zellaufgabe 5.— Mk. — Schluss der Annahme von Inseraten für die künftige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Die Linie Glartovica-Rudnit-Cumic-Batocina erreicht.

Der Timok in breiter Front von den Bulgaren überschritten. — Der Kirchhof von Szaszali wieder in deutschem Besitz. — Der englische Kreuzer Argon aufgelaufen.

Jahrestage des Weltkriegs.

29. Oktober. Oesterreichische Truppen erklimmen in Serbien den Ort Ravnje und eine befestigte Stellung bei Crnacava.

Prinz Ludwig von Battenberg tritt von seinem Posten als Erster Seelord der englischen Admiralität zurück. Sein Nachfolger wird Lord Fisher.

Durch ein Gefecht der türkischen mit der russischen Flotte im Schwarzen Meere tritt die Türkei in den Weltkrieg ein.

Kurz nacheinander haben die Bulgaren Zajecar und Piroz erobert. Der Fall von Zajecar bricht in die serbische Ostfront eine schwere Bresche, jetzt erst beherrschen die Bulgaren das ganze Timoktal. Da schon von mehreren Stellen im Nordosten Serbiens die Vereinigung deutschösterreichischer mit bulgarischen Truppenkörpern gemeldet wird, so sind jetzt die Serben von Rumänien und von dem Wasserweg nach Rußland völlig abgeschlossen; heute dürfte die Donau schon von den Verbündeten als Transportstraße benutzt werden. Die deutschösterreichischen Armeen sind zugleich in verhältnismäßig schnellem Vorrücken auf einen der wichtigsten Punkte Serbiens, Kragujevac, und damit drohen sie den im Nordosten des Landes kämpfenden Serben den Rückzug abzuschneiden. Es dürfte jetzt mit einem schnelleren Zurückweichen der Serben zu rechnen sein, wenn sie sich einer Katastrophe entziehen wollen; und der Beherrschung des Donauwegs wird wohl bald die Besitznahme der serbischen Hauptstreckeneisenbahnlinie, die von Belgrad nach Sofia führt und die Mittelstädte mit dem Orient verbindet, folgen. In dieser Erwartung wird man durch die Ertüchtigung von Piroz durch die Bulgaren bestärkt. Der Hauptstadt Nisch droht jetzt die stärkste Gefahr.

Wenn die Meinung des Majors Motowit im Berliner Tageblatt richtig ist, „dass die Diplomatie unserer Verbündeten auf Herz, Gemüt und Hand des Fürsten der schwarzen Berge gewirkt hat“, so geht die serbische Armee einem schweren Verhängnis entgegen. Montenegro kann ihr keine Hilfe bringen; die montenegrinische Armee wird auf höchstens 30 000 Mann geschätzt. Aber sie kann die Einkreisung der Serben vollenden, wenn sie es vorzieht, sich nicht mit ins Verhängnis ziehen zu lassen. Die Front der Verbündeten reicht jetzt in einer geschlossenen Linie von der bosnisch-montenegrinischen Grenze bis in den Nordostzipfel Serbiens. Ihr schließt sich die bulgarische Front an, die bis dicht an die Ostgrenze Albaniens geht. So zieht sich der Kreis immer enger, die Hilfe der Verbündeten kommt zu spät, wenn sie überhaupt noch kommen wird.

Von den übrigen Fronten wird nichts Wesentliches gemeldet. Der Kirchhof von Szaszali in der Umgebung von Dinaburg ist wieder in deutschem Besitz, in Wolynien wurde das Dorf Rudka erobert.

Nach einer Meldung der Agence Havas hat Briand den Vertretern der Presse erklärt, daß es keine Ministerkrise gebe. Viviani habe nur Schritte unternommen, um das Kabinett zu vergrößern. In der Tat scheint man in Paris alles zu tun, um den offenen Ausbruch der Krise zurückzuhalten. Wie man aber auch den jetzigen Zustand der französischen Regierung betiteln mag, ohne Zweifel ist es, daß sie sich in größter Verwirrung befindet. Den Anlaß dazu haben die schweren Mißerfolge der Diplomatie am Balkan, das Fehlschlagen der Dardanellenaktion und das unbefriedigende Ergebnis der großen Offensive gegen die deutsche Westfront gegeben. Darum ist Delcassé als erstes Opfer gefallen, ihm folgen jetzt der Kriegsminister Millevand und der Ministerpräsident Viviani. Nach dem Pariser Feuille Journal ging am Mittwoch folgende Ministerliste in der Kammer herum: Vorsitz und Auswärtiges: Briand mit Jules Cambon als Generalunterstaatssekretär; Justiz: Viviani; Krieg: General Gallieni; Marine: Admiral Lacaze; Ackerbau: Clementel; Handel: Klotz. Ferner soll es sechs Minister ohne Portefeuille geben, nämlich: Freycinet, Léon Bourgeois, Combes, Meline, Jules Guesde und Denys Cochin. Ribot, Malon und Sembat sowie die vier Kriegsunterstaatssekretäre Thomas, Godart, Thiery und Besnard sollen in ihrem Amte bleiben.

Der deutsche Tagesbericht

Großes Hauptquartier, 29. Okt. Mittl. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

An einzelnen Stellen der Front lebhaftest Aktivität, Minen- und Handgranatenkämpfe. Keine Ereignisse von Bedeutung.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage ist überall unverändert.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Bei Drinsko (Südblich von Belgrad) wurde der Seeufer gemieden, östlich davon ist er über die Grenze zurückgedrängt.

Westlich der Morawa ist die allgemeine Linie Glartovica-Rudnit-Cumic-Batocina erreicht. Südöstlich von Szilajnac wurden die serbischen Stellungen bei der Refava gestürmt. Über 1300 Gefangene fielen in unsere Hand. Die Front der Armee des Generals Vojakoff ist der Feind im Rücken. Die Armee verfolgt.

Oberste Seeerleitung.

Die Angriffe auf die englische Regierung.

London, 29. Oktober. (W. Z. B.) Daily Mail schreibt: Das Publikum erfuhr gestern von einem Kabinettsmitglied, daß es höchst unwahrscheinlich sei, daß die serbische Armee dem österreichisch-ungarisch-deutschen Angriff lange widerstehen könne. Das Publikum erfuhr dies mit demselben tiefen Gefühl der Scham, wie vor 30 Jahren die Nachricht vom Tode Gordons. Die Gefahr war seit Monaten vorhergesehen worden. Die Zensur hat ein Jahr lang Telegramme und Briefe unterdrückt und die Zeitungen ernstlich geübelt, die Lage nicht zu erörtern. Die Regierung schloß weiter, tat nichts, und verlangte, wo sie hätte handeln sollen. Sie machte alle möglichen Versprechungen, anstatt Truppen zu senden. Der Punkt ist erreicht worden, wo Unentschiedenheit und Mangel an Voraussicht das britische Reich zu Fall bringen können, wenn diese Voraussicht weiterhin unsre auswärtige und militärische Politik kennzeichnet.

Der Manchester Guardian sagt in einem Leitartikel, in dem die militärischen und politischen Maßregeln der Regierung auf dem Balkan scharf kritisiert werden: Das ist nicht die Art, gegen einen Feind wie Deutschland den Krieg zu gewinnen.

Premierminister Asquith in London.

London, 29. Oktober. (W. Z. B.) Premierminister Asquith, der nach London zurückgekehrt ist, hat an einem Kabinettsrat teilgenommen.

Das Wahlergebnis in Südafrika.

London, 29. Oktober. (W. Z. B.) Das Reutersche Bureau meldet aus Kapstadt: Das endgültige Wahlergebnis ist: Südafrikanische Partei 64, Unionisten 40, Unabhängige 5, Nationalisten 27, Arbeiterpartei 4 Sitze.

Die Regierungskrise in Frankreich.

Genf, 28. Oktober. Die Kombination Viviani gilt als gescheitert. Briand will mit der Gruppe Barthou die Umgestaltung des Ministeriums durchzuführen.

Die beiden Sozialisten Sembat und Guesde läßt man also in ihren bisherigen Rollen, den einen als Arbeitsminister, den anderen als Minister ohne Portefeuille. Die leitenden Kreise der Republik werden sich wohl keinem Zweifel hingeben, daß diese Regelung keine endgültige Lösung der Schwierigkeiten bringen wird, wenn die militärischen und diplomatischen Fehlschläge der Alliierten sich fortsetzen sollten.

Auch aus England kommt durch Reuters eine offizielle Meldung, daß von einer Krise keine Rede sein könne. Hier soll aber die Lösung der Schwierigkeiten gerade umgekehrt

versucht werden: man will das Kabinett verkleinern. Es handelte sich allgemein darum, so wird gesagt, daß das gegenwärtige Kabinett, das größte in der Geschichte Englands, zur Erledigung der Kriegsangelegenheiten etwas ungeeignet sei. So sei die Ueberzeugung entstanden, daß die Leitung des Krieges einer kleineren Zahl von Ministern anvertraut werden müsse. Darüber seien sich alle Parteien einig. Uneinigkeit herrsche nur darüber, wie dieses Ziel zu erreichen sei. Die Debatten im Oberhause ebenso wie im Unterhause zeigen deutlich, daß nicht nur Uneinigkeit, sondern weitgehende Unzufriedenheit herrscht.

Im Mailänder Corriere della Sera wird berichtet, daß am Mittwoch der italienische Ministerrat vollständig zusammengesetzt sei. Sonnino, der Minister des Auswärtigen, habe seinen Kollegen die Lage auseinandergesetzt, die nach den neuesten Ereignissen im Orient entstanden sei. Es liege kein Grund vor, zu glauben, daß die jetzt noch neutralen Balkanstaaten, Griechenland und Rumänien, ihre Neutralität aufgeben wollten. Es scheine, daß unter den Diplomaten des Blerverbandes die Ansicht Sonninos vorherrschend geblieben sei, wonach vorläufig von der Taktik der Vorschläge und Angebote an neutrale Staaten abgesehen werden sollte, bis der Blerverband auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen entscheidende Ergebnisse erlangt haben werde. Wenn diese Erfolge erreicht seien, könne man vielleicht die Verhandlungen mit den Neutralen erfolgreich wieder aufnehmen. Danach scheint man beim Blerverband allgemein der Anschauung zu sein, daß man Serbien seinem Schicksal überlassen müsse. Das würde nur bestätigen, was schon im englischen Oberhause vorgetragen worden ist.

Kein Lebensmittelwucher der Landwirte.

Der Vorstand des Deutschen Landwirtschaftsrats hat an den Reichskanzler „die dringende Bitte gerichtet, den irreführenden Darstellungen in Zeitungen und Eingaben an die Behörden über eine angebliche Wucherpolitik der Landwirtschaft nicht nur durch eine gerechte Zensur, sondern auch durch die erforderlichen amtlichen Aufklärungen mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten“.

Das Verlangen ist gerecht und billig; niemand darf der deutschen Landwirtschaft zumuten, sich ohne Anlaß des Wuchers zeihen zu lassen. Aber nicht minder gerecht und billig ist es, daß durch amtliche Aufklärung der tatsächliche Wucher einzelner oder mehrerer Landwirte an den Pranger gestellt wird, wie es denn auch schon in manchem landwirtschaftlichen Erlaß geschehen ist.

Doch wäre es gefährlich, verderblich und beklagenswert, wenn die amtliche Aufklärung nicht nur notwendige Preissteigerungen rechtfertigte, sondern wenn sie auch nur mittelbar den immerhin recht häufigen Lebensmittelwucher beschönigte, wenn die „gerechte Zensur“ im Bestreben, eine Unbill der braven Landwirte zu vermeiden, die Bloßstellung des tatsächlichen Wuchers hinderte. In diesem Sinn werden aber sehr viele die „dringende Bitte“ des Vorstands des Deutschen Landwirtschaftsrats auffassen, besonders wenn sie den Endbillsatz lesen:

Auch die Bekämpfung ungeheurer Lebensmittelpreise durch angemessene Höchstpreise hat noch in neuerer Zeit die vollste Unterstützung der Landwirtschaft gefunden. Wogegen sich ihre berechtigten Vertreter insofern auf das allerentschiedenste verwahren müssen, ist, daß trotz aller dieser Opfer, welche unsere Landwirtschaft auf sich genommen hat, neuerdings ein Teil unserer Presse es über sich gewinnt, der deutschen Landwirtschaft Lebensmittelwucher vorzuwerfen. — Damit — d. h. mit einer so unwarhaken und ungerechten Beschuldigung — würde das Maß des Erträglichem überschritten werden. Es würde den berechtigten landwirtschaftlichen Vertretern vollkommen unmöglich gemacht werden, weiter einer, tiefen und sehr bedrückenden Mißbilligung und Erregung auf dem Lande zu begegnen, wie sie leider schon jetzt weite Kreise — namentlich unserer bäuerlichen Bevölkerung — ergriffen hat. Der parteipolitische Nörgler, der sich auch auf wirtschaftlichem Gebiet zu erheben das dringendste Interesse haben, würde durch nichts stärker als durch die Fortsetzung derartiger Angriffe gegen unsere Landwirtschaft gefährdet werden.

Das ist gerade das Fatale, daß die Opferbereitschaft der Landwirtschaft nicht überall gleich hoch geschätzt und gewür-